

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierteljährlich 6 Mark, unter Kreuzband 8 Mark
eingetragen in die Postzeitungsliste. Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Eichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Schilderstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserationspreis:
Für Inserate aller Art: die sechsgehaltene Kolonelleiste 1 Mark,
für Todesanzeigen Zeile 70 Pfennig, für Arbeitsmarkt 80 Pfennig.

Zur dringenden Beachtung für die Leiter von Lohnbewegungen und Streiks.

Im Hinblick darauf, daß während der letzten Zeit wiederholt Streiks inszeniert wurden, ohne die statistischen Bestimmungen zu beachten und die Streikgenehmigung des Verbandsvorstandes vorher einzuholen, empfehlen wir folgendes zur dringenden Beachtung:

Bei jeder einzuleitenden Lohnbewegung, dazu gehört auch die Kündigung von Tarifverträgen, ist vorher die Genehmigung des Verbandsvorstandes einzuholen. Drohen die Verhandlungen über eine genehmigte Lohnbewegung zu scheitern, so ist dem Verbandsvorstand sofort eingehender Bericht über den Stand der Dinge, sowie über die Differenzpunkte, zu geben.

Streiks dürfen unter gar keinen Umständen begonnen werden, bevor nicht der Verbandsvorstand seine Zustimmung hierzu gegeben hat.

Bei der Beantragung von Streiks sind die zu diesem Zweck vorgebrachten Formulare zu benützen, aus welchen auch die Zahl der in Frage kommenden Personen usw. hervorgeht.

Bei einem Streik ausgebrochen, so ist erneut dem Verbandsvorstand über den Umfang desselben Bericht zu erstatten und sind die entsprechenden Gelder für die laufende Streikwoche anzufordern.

Bei laufenden Streiks muß jede Woche über den Stand derselben berichtet werden. Dabei ist der Wochenbericht nicht den hierzu gehörenden Belegen für gewünschte Ausgaben einzufügen und sind gleichzeitig die für die nächste Woche benötigten Gelder abzufordern. Bei der Abschreibung der Gelder ist die genaue Adresse anzugeben, an welche die Gelder gesandt werden sollen.

Bei einem Streik beendet, so ist sofort die Gesamtstreikabrechnung durch Schlußberichtsformulare fertigzustellen und an den Verbandsvorstand einzusenden.

Die Nichtbeachtung dieser Regeln führt zur Anarchie innerhalb des Verbandes. Der Verbandsvorstand ist auf Grund der Verbandsstagsbeschlüsse verpflichtet, streng nach dem Statut zu verfahren. Er wird zukünftig keinerlei Gelder zu Streiks mehr anweisen, wenn nicht nach den vorstehenden Regeln verfahren wird, unter gar keinen Umständen auf telegraphische Anforderung. Die Kollegen verlangen vom Verbandsvorstand mit Recht, daß die Verbandsstagsbeschlüsse eingehalten werden. Das kann aber nur geschehen, wenn sich auch die Zahlstellenverordnungen und die mit Lohnbewegungen betrauten Personen nach den aufgestellten Regeln verhalten. Diese oben genannten Regeln gelten für Angriffsstreiks sowie für Abwehrstreiks.
Der Verbandsvorstand.

Die Reichsbiersteuer.

Bekanntlich hatten die deutschen Südstaaten Bayern, Württemberg, Baden ihre eigenen Biersteuern und bezahlten daher, worauf die Augsburger „Abendzeitung“ hinweist, an die Reichskasse sogenannte Ausgleichungsabgaben. Bisher, d. h. bis zum Jahre 1913, betrug der Kopfanteil an Biersteuer im Brausteuergelände 2,70 Mk., in Bayern 7,40 Mk., in Württemberg 3,30 Mk. und in Baden 5,30 Mk. Die Steuer auf ein Hektoliter Vollbier betrug sich bis zum Jahre 1914 auf 3,25 Mk. im Brausteuergelände, 3,30 Mk. in Bayern, 3,35 Mk. in Württemberg und auf 3,70 Mk. in Baden.

Der Bierverbrauch pro Kopf betrug 80 Liter im Brausteuergelände, 240 Liter in Bayern, 160 Liter in Württemberg, 145 Liter in Baden und 102 Liter im ganzen deutschen Zollgebiet, einschließlich Elsaß-Lothringen und Luxemburg.

Seitdem hat sich durch den Krieg im Bierverbrauch und Steuerertragnis viel geändert, das Bier wurde wegen des Gerstenmangels immer dünner, der Malzverbrauch, worauf sich die Steuer gründete, immer weniger, so daß statt 19 nur noch 5-6 Kilogramm Malz zu einem Hektoliter Bier verwendet wurden. Deshalb erhob man die Steuer nicht mehr vom Rohstoff, sondern vom fertigen Produkt, so daß es nunmehr keine Brausteuern oder Malzausschlag mehr gibt, sondern nur noch die Bierfabriksteuer, die abgeführt nach der Größe des Brauereibetriebes und dem Stammwürzegehalt des Bieres nach dem Reichsbier-

steuergesetz vom 26. Juli 1918 10 bis 12,50 Mk. für 1 Hektoliter Vollbier beträgt. Für Einfachbier mit einem Stammwürzegehalt bis 4 1/2 Proz. ermäßigt sich die Steuer um die Hälfte, bei Starkbieren mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 13 Proz. erhöht sie sich um die Hälfte. Vollbier ist Bier mit einem Stammwürzegehalt von 8 bis 13 Proz.

Das Reichsgesetz vom 26. Juli 1918 galt ursprünglich nur für das norddeutsche Brausteuergelände. Der Bierverbrauch ist unter diesen Verhältnissen außerordentlich zurückgegangen. Da die Steuer für Vollbier nach dem erwähnten Reichsgesetz vom 26. Juli 1918 durchschnittlich 10,99 Mk. (rund 11 Mk.) für ein Hektoliter ausmacht, so wird sich für Norddeutschland bei normaler Bierherstellung mit der Einfuhr bayrischer Biere aus 36 Millionen Hektoliter Bierverbrauch ein Rohsteueranfall von 396 Millionen Mark ergeben und nach Abzug von 3 Proz. Verwaltungskosten ein Reinsteuerausfall von 385 Millionen Mark, was einem Kopfsteueranfall von 2,60 Mk. gegen 2,70 Mk. in Friedenszeiten entsprach.

Hiernach aber mußten sich auch die Ausgleichungsabgaben der Biererzeugnisse erheblich erhöhen, nämlich für Bayern von rund 18 1/2 auf 51 1/2 Millionen Mark, für Württemberg von rund 8 1/2 auf beinahe 18 1/2 Millionen Mark, für Baden von 5 1/2 auf rund 16 Millionen Mark.

Nunmehr soll bekanntlich die Biersteuer im ganzen Reich einheitlich gestaltet werden. Die Uebergangsabgabewirtschaft, die schon seit Jahrzehnten viel Staub aufgewirbelt hat, ist beseitigt, die Rückvergütung der Steuer ist nicht mehr notwendig. Die Roh-einnahme an Biersteuer würde demnach bei normaler Bierherstellung und einem Durchschnittssteuersatz von 10,99 Mk. für 1 Hektoliter betragen (unter Annahme eines 25prozentigen Konjunkturrückganges) für

Norddeutschland	bei 55,0 Mill. Hektol. = 84 1/2 Mill. Mk.
Bayern	14,3 " " = 158 " "
Württemberg	3,2 " " = 35 1/2 " "
Baden	2,7 " " = 37 " "
zusammen bei 52,6 Mill. Hektol. = 559 Mill. Mk.	

gegen 232 Millionen Mark in den Friedensjahren.

Diese Berechnung ist jedoch zurzeit illusorisch, da ja nicht unbedeutende Gebietssteile von Deutschland abgetrennt oder befreit sind und zurzeit noch gar nicht feststeht, wie sich das Biersteuergelände der Bevölkerungszahl nach entwickeln wird. Es kann daher weder der Kopfanteil an Biersteuer für das neue Deutschland noch der Verbrauch an Bier zurzeit festgestellt werden. Ebensowenig kann rechnerisch ermittelt werden, wieviel Bier Deutschland aus dem Auslande (Bilgener Bier) einführen wird.

Im Frieden waren es an 500 000 Hektoliter, dafür hatte Deutschland über 700 000 Hektoliter Bier ausgeführt.

Der Zoll beträgt nunmehr 19,35 Mk. bzw. 25 Mk. für 100 Kilogramm in Verhältnissen von mehr als 15 Litern oder anderen Verhältnissen. Auf 1 Hektoliter Bier umgerechnet beträgt der Zoll 25,40 Mk. für 1 Hektoliter.

Interpellation über die fortgesetzte steigenden Lebensmittelpreise im Reichstag

Rede des Kollegen Käppler am 5. Juli.

In allgemeinen liegt die Ernährungsfrage so, daß wir von Glück reden können, wenn wir in diesem Jahre noch einmal um den Zusammenbruch unserer ganzen Ernährungswirtschaft herumkommen. Die Frage, ob wir herumkommen, kann augenblicklich überhaupt noch nicht bejaht werden. Die Reichsgetreidekammer lebt seit Monaten, ja beinahe im ganzen laufenden Wirtschaftsjahre, aus der Hand in den Mund. Heute ist Süd- und Westdeutschland ausschließlich auf Auslandszufuhren angewiesen. Badische Kommunalverbände haben wochenlang keinen Vorrat gehabt. Im Ruhrgebiet hat man seit Wochen mit 3 Pfund Brot pro Kopf fürchten nehmen müssen, einem Brot, dem man besser die Bezeichnung Hundekuchen hätte zuteil werden lassen sollen, und nur unter den größten Schwierigkeiten in den letzten Tagen dort eine Entspannung eingetreten.

Des Bedauerliche ist in diesem Jahre, daß uns in unserer Brotnot der Ausweg über die Kartoffeln versperrt ist.

Wir haben nicht genügend Kartoffeln, um an Stelle des fehlenden Brotes zu greifen zu können, oder wir haben die genügenden Kartoffeln sehr wohl noch im Lande, wir bekommen sie bloß nicht in die größten Städte und Industriebezirke hinein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Wenn wir die künstliche Düngung der Frühkartoffeln nicht zu verzeichnen hätten, würden heute schon viel billigere Kartoffeln auf dem Markte sein. Es ist so weit, daß bereits einflußreiche Kreise, zum Beispiel die sächsische Regierung, auch einflußreiche amtliche Kreise des Ruhrgebiets eine allgemeine Herabsetzung der Produktion vorgeschlagen haben, und es ist geradezu ein Wunder zu nennen, daß diesem fortgesetzten Wahren die Reichsgetreidekammer bisher noch nicht nachgegeben und die Produktion weiter herabgesetzt hat. Über darüber müssen wir uns klar sein. Treten in den nächsten Wochen vielleicht infolge politischer Unruhen, infolge größerer Verkehrsstreiks größere Verkehrsstockungen ein, dann ist der Zusammenbruch in unserer Volksernährung da, und kommt eine derartige Katastrophe noch innerhalb der nächsten Wochen, dann ist auch der Bürgerkrieg da. Die jetzigen Lebensmittelunruhen sind ja bereits drohende Wetter- und Sturmzeichen dafür, was kommen wird, wenn etwa in den nächsten Wochen die Ernährung doch noch zusammenbrechen sollte. Und ich meine, gerade die Herren von der Landwirtschaft haben doch gar kein Interesse daran, daß zu den zerstörten Läden der Großstädte und zu den eingeworfenen Schaufensterböden nun auch noch zerstörte und ausgeplünderte Bauerngüter kommen. Das ist die nächste Stufe der Entwicklung, wenn es uns nicht gelingt, mit Ihrer Beihilfe über die nächsten schimmigen Wochen hinwegzukommen. Darüber sollten Sie sich auf der rechten Seite des Hauses klar sein.

Was ist nun die Schuld, daß wir in diese Situation hineingekommen sind? Da gehen die Meinungen auseinander. Die einen behaupten, die Zwangswirtschaft sei schuld, die anderen behaupten, schuld daran ist, daß wir nicht genügend Zwang auf die Produzenten und deren Abfertigung ausgeübt haben. Ich bin der Auffassung, daß beide Ansichten den Kern der Sache nicht treffen. Der Kern der Sache ist folgender: Die deutsche Eigenwirtschaft deckt den Tisch nicht für 40 Millionen Menschen, und essen wollen 60 Millionen. 60 Millionen sitzen an dem Tisch, der nur für 40 Millionen gedeckt ist. Das ist die Kernfrage. Vor dem Kriege war die Sache auch schon ziemlich so. Ein Sechstel unseres Volkes war vor dem Kriege schon auf die Ernährung durch das Ausland angewiesen. Vor dem Kriege war ein Ausgleich möglich durch Aus- und Einfuhr. Dieser Weg ist uns jetzt nahezu versperrt, und zwar weil eine allgemeine Lebensmittelknappheit in allen Ländern herrscht, und zweitens, weil wir zur Einfuhr von Lebensmitteln weder Gold noch genügend Waren haben. Seien wir uns doch darüber klar: wenn wir jetzt 600 000 Tonnen Brotgetreide entweder schon eingeführt haben oder noch einführen wollen, so ist das weiter nichts als ein Verzweiflungsschritt eines zusammenbrechenden Volkes; denn wir haben für diese Einfuhren keine Deckung, wir haben diese Einfuhr basiert auf einer Vergrößerung unserer Reichsschulden um Milliarden, oder wir haben sie möglich gemacht dadurch, daß wir zum Aufleben unserer Wirtschaft und unserer Volksgesundheit unentbehrliche Waren dem Auslande geben mußten, um Brot und Fett und andere unbedingt notwendige Lebensmittel hereinnehmen zu können. Wir haben Kohlen, Kali — es wird ja behauptet, nach angeblich amtlichen englischen Nachrichten, auch große Quantitäten Zucker, was allerdings bestritten wird — nach England geliefert, alles Produkte, die wir selbst unbedingt notwendig zum Wiederaufbau unserer eigenen Wirtschaft brauchen.

Bei einer Besprechung im Reichswirtschaftsministerium hat einer der Sachverständigen der Landwirtschaft, Herr Jant, den Kernpunkt der Frage mit brutaler Offenheit herausgestellt. Er sagt, wir kommen aus der ganzen Skala nicht heraus, sondern es werden Hunderttausende unserer Volkes sterben, es werden Millionen auswandern müssen, damit die anderen leben können. Damit war ganz richtig der eigentliche Kernpunkt der Ernährungsfrage herausgestellt. Es gibt nur einen Ausweg, nämlich die Erhöhung unserer Gesamtproduktion. Nicht dadurch, daß man das verpönte Wort Arbeit, Arbeit und wieder Arbeit immer wieder in die Massen hineinschreit, ist der Ausweg zu finden, auch nicht dadurch, daß man sich gegen den Nachmittagsabend wendet, dessen Abschaffung die Arbeitslosigkeit unserer Arbeiter sofort um ein bedeutendes erhöhen würde; ich komme dann darauf zu sprechen, auf welchem Wege die Erhöhung der Gesamtproduktion möglich ist.

Weiter muß, solange wir einen derartigen Mangel an Lebensmitteln haben, eine gerechte Verteilung des vorhandenen Platz greifen. Und, meine Herren, beide Aufgaben — das lehren uns die Kriegsjahre und die Zeit nach dem Kriege — kann die heute bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht lösen, das wird immer mehr und mehr offenbar. Man wundere sich nur, daß die Massen nicht besser dahinterkommen, daß unsere ganze Wirtschaft jetzt

mit ein Fortwursteln ist, bis endlich mit oder ohne Zwangs-

wirtschaft der Zusammenbruch kommt. Warum kann nun die kapitalistische Ordnung und Wirtschaftsweise die Aufgabe nicht lösen, unsere Produktion zu verdoppeln und zu verdreifachen? Aus dem einfachen Grunde, weil es infolge ihrer Rücksicht auf den Egoismus der Privatunternehmer nicht gelingt, unrentable Betriebe zusammenzulegen und technisch so auf die Höhe, wie sie die heutige Zeit möglich macht, zu bringen, weil es ihr unmöglich ist, alle unrentablen Erzeugnisse aus Produktion und Handel auszuschneiden, und weil es ihr unmöglich ist, alle die nichtberechtigten Verbraucher auszuschneiden, die zwar arbeiten können, aber nicht Arbeit zum Nutzen der Gesellschaft leisten. Wir kommen nicht zu einer Gesundung unserer Verhältnisse, wir kommen nicht wieder hoch, wenn nicht in Deutschland das Sprichwort wahr wird: Wer arbeiten kann und nicht arbeitet, soll auch nicht essen! (Lebhafter Zustimmung rechts.) - Ich bin einigermaßen erstaunt, daß ich eine so begeisterte Zustimmung auf der rechten Seite des Hauses finde. Die Tatsache dürfte nicht bestritten werden, daß die Vertreter der Nichtarbeitenden nicht gerade auf der linken Seite des Hauses und in der Mitte sitzen. (Zurufe rechts: Was Sie nur Arbeit nennen! Arbeitslosenunterstützung!) Die Arbeitermassen, die Angestellten werden durch die Not des Lebens zur Arbeit gezwungen, sie müssen arbeiten. Aber wenn Sie die Nichtarbeiter sehen wollen, dann gehen Sie zu dieser Zeit durch die Lokale Unter den Linden, da werden Sie die Strafe finden, die essen, weil sie Geld dazu haben, und nicht, weil sie gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten. (Erneute Zurufe von rechts. - Zurufe bei den Sozialdemokraten: Rechtsparlament!)

Aber die heutige Gesellschaftsordnung genügt ja nicht einmal der anderen Aufgabe, der gerechten Verteilung des Wohlstandes. Sie können sie weder mit noch ohne Zwangswirtschaft durchführen, mit freier Wirtschaft noch weniger als mit Zwangswirtschaft. Der Anlauf, der im Kriege schon unter der kaiserlichen Regierung dazu genommen worden ist, hat einen lässlichen Zusammenbruch erlitten. Grundriss unserer Zwangswirtschaft ist Einschränkung des Bedarfs aller durch Rationierung und durch das Verzichtnehmen auf Luxus. Der Gedanke ist richtig. Die Konsequente Durchführung dieses richtigen Gedankens ist aber an dem Egoismus von Millionen und aber Millionen geschiedener Stände gescheitert haben große Kreise des Volkes mehr das Wort "Recht" haben, als das Wort "Arzt" hat in dieser Not dem Günstigen beim Brot" haben große Kreise des Volkes, die kaufkräftig genug waren, nicht die geringste Rücksicht auf die Masse des Volkes genommen, sondern durch den Schwarzhandel und durch Gaunereien den anderen die härteste Ration beschaffen ließen. (Zurufe rechts: Bei den Sozialdemokraten.) Ich behaupte jetzt noch: unsere Gründe des letzten Jahres hätten von ersten bis zum letzten Tage zugereicht, um der gesamten Bevölkerung täglich 200 Gramm Mehlration zu gewährleisten, wir haben weit über acht Millionen Tonnen Brotgetreide geerntet.

Die Einkollung von 250 Gramm Mehlration pro Tag war aber nicht möglich, weil Millionen des Volkes - Produzenten und Konsumenten - Tag für Tag gegen die Rationierung gekämpft haben. Angesichts dieser Tatsache soll man nicht mit Kommissarien gegen die Regierung kämpfen, daß sie den Schieflaum, der Gaunereien usw. nicht mit dem geringsten Nachdruck entgegenzusetzen sei. Das könnte man im parlamentarischen gegenüber, man kann es aber nicht mehr, wenn es sich um Millionen Sünden handelt und wenn Arbeiter und kaufendes Publikum, wenn Produzenten und Konsumenten hinter den Kulissen einander in die Hände arbeiten. Dann verliert die staatliche Autorität, dann muß sie zerfallen. Auch wenn die behördlichen Organe in der Bekämpfung der Unheimlichkeiten der Regierungsvorordnungen manchen Erfolg haben können, als sie es in Wirklichkeit gewesen sind, auch wenn große Teile des Beamtenapparats an der ganzen Gaunerei und den Schwindungen, die begünstigt haben, nicht beteiligt gewesen wären, auch dann wäre ein Dutzend Millionen gegenüber nicht möglich gewesen. Unsere Wirtschaft und Ernährungswirtschaft war von Anfang an falsch, und zwar deshalb, weil sie auf Zwangsarbeit eingeleitet war. Die Kartellpreise führten die Preissteigerung der Waren herbei, die Warenpreiserhöhungen hatten Lohn- und Gehaltssteigerungen zur Folge, dies ein Steigen der Produktionskosten und neue Erhöhung der Warenpreise, und so sind wir in jenen Kreislauf immer hineingekommen und haben jetzt vergeblich nach einem Ausweg. Ein sozialwirtschaftlicher Wahnsinn hat unsere ganze heutige Wirtschaft und Preispolitik beherrscht, ein Wahnsinn, der weder den Produzenten noch den Konsumenten hilft, sondern allen schadet. Das ist der Kern der Sache. Wer es mit unserem Volke gut meint, muß jetzt die Forderung aufstellen, wie wir nun endlich wieder aus diesem Kreis herauskommen können. (Zurufe rechts)

Mehr Gerechtigkeit gegenüber den Verbandsangestellten.

Seit Beginn der Revolution ist es leider Brauch geworden, die bei Verhandlungen im Dienste der allgemeinen Arbeiterbewegung stehenden Angestellten zu belächeln, sie zu beschimpfen, sie zu beschuldigen. Am meisten wird dabei gebührt dem Beamten, der vor dem 9. November 1918 weder gewerkschaftlich noch politisch engagiert war und die sich heute von gewerkschaftlichen und politischen Dingen noch wenig versteht.

Die Wirkung, die eine solche Herabwürdigung, angewendet von Beamten, die von langer Zeit überaus hoher Ehrenbeachtung genossen haben, auf im Dienste stehende Führer ausübt, ist zu denken. Das Empfinden an der Spitze ist die Ursache, daß jene "Herabwürdigung" nicht allgemein den Angehörigen und das Tätigkeitsgebiet der Verbandsangestellten trifft.

Die Aufgabe der Gewerkschaften ist die Befreiung der Arbeiter. Wenn jedoch es der Geschäftswelt ihrer Organisation. Ein Verbandsangestellter kann in dieser Hinsicht nicht nur ein Helfer sein, sondern auch ein Hindernis für die Befreiung der Arbeiter sein. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist die Befreiung der Arbeiter. Wenn jedoch es der Geschäftswelt ihrer Organisation. Ein Verbandsangestellter kann in dieser Hinsicht nicht nur ein Helfer sein, sondern auch ein Hindernis für die Befreiung der Arbeiter sein.

Ziele und auch das Wesen der Organisation kennen, müssen auch die nötige Menschenkenntnis besitzen, um die unorganisierten Berufscollegen einzeln so behandeln zu können, wie sie entsprechend ihrer Veranlagung zu behandeln sind, und müssen ihnen die Organisationszusammenhänge begreiflich machen. Wer als Agitator nicht das nötige pädagogische Talent, nicht die nötige Ruhe und Ausdauer bei der Agitation mitbringt, magt von vornherein als solcher nicht; wenigstens wird er wenig oder keine Erfolge aufzuweisen haben, wenn es ihm an dieser Qualifikation mangelt.

Bei Lohnbewegungen ist nichts damit getan, einfach nur Forderungen von den Kollegen entgegenzunehmen, sie niederzuschreiben und an die Unternehmer durch die Post weiterzusenden. Forderungen werden gestellt, um den Arbeitern eine bessere wirtschaftliche Existenz zu ermöglichen. Die Verbandsangestellten müssen bei der Einreichung der Forderungen vor allem die wirtschaftliche Lage und die Geschäftsverhältnisse der in Frage kommenden Industrie kennen und diesen Faktor mit in Rechnung stellen. Denn von diesen Dingen hängt das Gelingen der Bewegung in erster Linie mit ab. Soweit die Industrie auf freier Wirtschaft basiert und nicht die Preisbestimmung des Fertigproduktes hindert, wo jede Mehrausgabe für höhere Löhne ohne besondere Schwierigkeiten auf die Verkaufspreise umgelagert werden kann, ist die Forderung von Lohnbewegungen immerhin noch leicht. Wie liegen aber die Dinge zurzeit für eine Reihe Industrien.

Die Rohprodukte für die Brau- sowie für die Spiritusindustrie z. B. sind kontingentiert. Für die Feinprodukte sind die Verkaufspreise ebenfalls festgelegt. Diese Industrien können sich weder hinsichtlich der Produktion, noch in der Preisfestsetzung frei bewegen. Die Mühlenindustrie arbeitet für die Reichs- und Landesgetreidestellen sowie für die Kommunalandstellen im Lohn. Bearbeiten kann sie nur die ihr zugewiesenen Getreidemengen. Die hier genannten Industriezweige können ihre Betriebsanlagen nicht in allen Fällen voll ausnützen; ein Argument, mit welchem unternehmerische gegenüber den Unternehmern eine höhere Löhne in allen Fällen auch dann operiert wird, wenn der Unternehmerverdienst sehr wohl die Bewilligung höherer Löhne zuläßt. Gegen solche Argumente vermögen die Verbandsangestellten nur zu bestehen, welche über alle Verhältnisse in den in Frage kommenden Industrien genügend informiert sind über alles auf dem laufenden sind.

Zur Qualifikation der Verbandsangestellten gehört auch die nötige Kenntnis und das Verständnis aller im Interesse der Arbeiter liegenden Schutzgesetze und der fast täglich sich ändernden Verordnungen aller Art.

Daneben wird von den Verbandsangestellten, und zwar mit Recht, noch Mitarbeit am Wiederaufbau unseres Gewerkschaftswesens verlangt, und besonders diese Tätigkeit bereitet den Angestellten, welche Teil ihres Lebens nur ohne Gewerkschaftsarbeit leisten und keinerlei theoretische Vorbildung für wirtschaftliche Dinge mitbringen, viel Schwierigkeiten. Sie können diese Arbeit, die sie in Gemeinschaft mit akademisch Vorbereiteten und jahrelangem Unterricht darin gewählten Wirtschaftswissenschaftlern leisten müssen, nicht leisten, wenn sie in der Zentralarbeitsgemeinschaft und in den Kreisarbeitsgemeinschaften stehenden Verbandsangehörigen. Diese Verhandlungen zeigen deutlicher als alles andere, was die berechtigten Arbeiterführer infolge ihrer Überzeugung von allgemeiner Organisations- und Agitationsarbeit in der Vorkriegszeit verübt haben und wieviel die Arbeiter noch nachholen müssen, um ein bedeutenderer Kraftfaktor im Wirtschaftsleben zu werden.

Nicht mit Unrecht wird von den Gewerkschaftsangehörigen auch noch eine Anteilnahme an den politischen Dingen verlangt. Neben all diesen Dingen hat der Verbandsangestellte die Bekämpfung eines reichen Maßes von Seminararbeiten für die Organisation, wie Berechnung und Auszahlung von Unterzahlung, Führung des Kassenbuchs usw. Um dieser Arbeit voll gewachsen zu sein, bedarf es neben vieler Umsicht auch der Kenntnis aller Details und aller wichtiger Vorgänge innerhalb des eigenen Verbandes sowohl als auch in den anderen Organisationen. Es lassen sich im Rahmen eines Zeitungsartikels die an die Verbandsangestellten zu stellenden Anforderungen nur streifen, nicht erschöpfend eingehend darstellen. Die Kollegen erörtern ihnen Führern die Arbeit und verfordern ihnen die Lust dazu, wenn sie sich immer als Bessermittler und Förderer aufweisen, sie schämen dabei aber auch ihre eigenen Interessen. Das um so mehr, da die Vielfältigkeit der Angelegenheiten eine weit längere und vor allem eine unregelmäßigere Arbeitszeit mit sich bringt, als sie die Kollegen in den Betrieben für sich beanspruchen. Von den Verbandsangestellten wird zurzeit viel und aufwendende Arbeit verlangt. Was von den in den Betrieben tätigen Kollegen verlangt werden kann, das ist die Anerkennung, alles dessen, was die in ihrem Dienst stehenden Verbandsangestellten für sie tatächlich leisten. Das hat allen jenen Kollegen beizubringen, die nicht noch jung in der Organisation sind und sich bei jeder Gelegenheit um abstraktes Lärmen über die Beamten und ihre Tätigkeit erlauben, müssen sich jene Mitglieder zur Aufgabe machen, welche die erhebliche Tätigkeit unseres Verbandes und seiner Angehörigen kennen.

Die neuen Mitglieder in den Gewerkschaften.

Unter der Überschrift: "Gewerkschaften und neue Mitglieder" bringt "The Democrat" in seiner Nr. 49 vom 12. März folgende dem "International Workers' Journal" entnommene Ausführungen, die nicht nur auf England und die Vereinigten Staaten zutreffen:

Jeder Teil der menschlichen Tätigkeit ist durch das Ereignis des Krieges von Grund aus beeinflusst worden. Besonders die Gewerkschaftsbewegung ist gezwungen, sich neuen Fragen gegenüber, von denen einige nicht schon in einigen Tagen gelöst werden können.

Es mehr als einen europäischen Lande vertrieben sich die Mitglieder der Gewerkschaften während des Krieges und nach mehr noch dem Waffenstillstand. Der Kampf um die Mitgliedschaft wurde meistens von Seiten der vor dem Kriege nicht gewohnt waren, an der Verantwortlichkeit der Gewerkschaften teilzunehmen oder ihren Beitrag zu dem

allgemeinen Säckel zu leisten, aus dem die Gewerkschaften ihre jahresmäßigen Ausgaben bestreiten.

Man hat uns mitgeteilt, daß einige Gewerkschaften auf dem Festlande jetzt eine vielmal größere Mitgliederzahl haben als vor dem Kriege und daß die neuen Mitglieder überzeugt sind, daß sie viel besser geeignet sind, zu wissen, wie die Gewerkschaften geleitet werden müssen, als diejenigen, die schon vor dem Kriege Gewerkschaftler waren. Auf der Seite derer, die außerhalb der Gewerkschaften standen, herrscht die Ansicht vor, alles besser zu wissen und den Rat und die Befehle derer in den Wind zu schlagen, die schon seit Jahren Gewerkschaftsmitglieder sind. Sie haben das Bestreben, alle gesammelten Erfahrungen hinzuwerfen, die die Gewerkschaften mühsam erlernt haben und die Organisation in Bewegungen zu stützen, von denen erfahrenere Gewerkschaftler wissen, daß sie selbstmörderisch sind.

Es kann auch in der Gewerkschaftsbewegung eine zu schnelle Organisation geben, ebenso wie es im Meer eine zu schnelle Rekrutierung geben kann. Große Zahlen können ebensoviel Schwäche wie Stärke bedeuten; Zahlen fallen nur dort ins Gewicht, wo eine genügend disziplinierte Organisation vorhanden ist, um die Massen zu befähigen, unter weiser Leitung zusammenzuwirken.

Der Gewerkschaftler wird nicht in einem Tage gemacht, auch nicht in einer Woche. Dazu gehört noch etwas mehr als die Aufnahme und die Unterweisung auf der Mitgliedschaft. Die Gewerkschaft, die das schnelle Wachstum der Mitgliedschaft zur Folge hat, haben sich schon hier und in Amerika gezeigt, wo große Massen von Leuten früher so sehr von ungewerkschaftlichem Geiste erfüllt waren, daß sie abgeneigt waren, Beiträge zu zahlen und sich der Gefahr einer Mißregelung auszusetzen, nunmehr doch Gewerkschaftsmitglieder geworden sind, nachdem Beiträge mit der Regierung oder mit Behörden ihren Schutz gegen Schwankungen gewährleistet im Verein mit den durch Tarifverträge bedeutend verbesserten Arbeitsbedingungen.

Weder in Europa noch in Amerika hat sich seit dem Kriege etwas ereignet, was die Gewerkschaftler berechtigen würde, irgendeine von der Handlungsweise abzuweichen, die sich früher als so erfolgreich erwiesen hat. Wenn diejenigen, die jetzt unter leichteren und ungünstigeren Bedingungen Mitglieder geworden sind, sich nicht dazu verstehen, zu erkennen, daß ihr Wohl davon abhängt, daß sie die Erfahrungen beherzigen, die organisierte Arbeiter schon haben durchmachen müssen, so können sie die Organisationen, von denen sie Mitglieder sind, in gefährliche oder unglückselige Unternehmungen stützen.

Bewegungen im Berufe. Brauereien, Bierniederlagen.

Baden. Eine erfolgreiche Lohnbewegung im badischen Brauergewerbe. Nachdem nach schwierigen Verhandlungen für die Brauereien in Mittel- und Oberbaden am 1. April ein neuer Tarifvertrag in Kraft getreten war, wurde infolge der seitdem weiter eingetretenen Teuerung ein neuer Antrag auf Erhöhung der Teuerungszulage eingereicht. Nach der gegenwärtigen allgemeinen Haltung der Arbeitgeber, neue Lohnzulagen nicht mehr zu bewilligen, ist es erfreulich, daß die Brauereien der wirklichen Lage der Arbeiter mehr Rechnung getragen haben. Es wurde eine weitere Lohnzulage von 25 Pf. pro Woche bewilligt, welche in Mittelbaden ab 14. Juni, in Oberbaden ab 1. Juli und bei der Sanner A.-G. ab 5. Juni zur Auszahlung gelangt. Bei den Verhandlungen waren sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig, daß in der nächsten Zeit den Konsumenten ein besseres Bier geboten werden muß und die Regierung den Brauereien die nötige Bewegungsfreiheit gewähren möge.

Chemnitz. In einer öffentlichen Brauereiarbeiterverkammlung berichtete Kollege Goldammer seitens der Lohnkommission über die stattgefundenen Verhandlung sowie über den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses. Der neu eingereichte Tarif, in welchem eine Umgruppierung der Ortsklassen vorgenommen war, wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt. Eine Verhandlung mit dem Schlichtungsausschuss ebenfalls ohne Erfolg, worauf der Schlichtungsausschuss angezogen wurde. Nach der Schlichtungsausschuss brachte uns nicht den gewünschten Erfolg, da dieser nicht auf der Grundlage des neuereichten Tarifvertrages verhandelte, sondern auf dem Vortrag, welcher am 23. April bereits vereinbart, jedoch von der Versammlung abgelehnt wurde. Es wurde ein Schiedspruch gefällt, in welchem die einzelnen Punkte des vorhergehenden Schiedspruchs aufgenommen wurden. Als neu kam hinzu eine Lohnerrhöhung von pro Person und Woche 10 Pf. für Frauen und Kinderliche 30 Pf. pro Stunde. Desgleichen wurde die Entschädigung für Lehrlinge um 10 Pf. pro Woche erhöht. Nach längerer Aussprache wurde ein Antrag den Schiedspruch anzuerkennen, gegen zwei Stimmen angenommen. Inzwischen haben auch die Arbeitgeber zu diesem Schiedspruch Stellung genommen, und wie vorausgesehen war, befürworteten, sich dem Schiedspruch nicht zu unterwerfen.

Frankfurt a. M. Nach langwierigen Verhandlungen ist es gelungen, einen neuen Tarifvertrag zum Abschluss zu bringen. Im Mai wurde der alte Tarif gekündigt und der Brauereien neue Forderungen unterbreitet. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab mit der Begründung, daß eine Lohnerrhöhung zurzeit nicht zu denken sei eine Abänderung des alten Vertrages nicht notwendig sei. Der von uns angeregte Schlichtungsausschuss wies einen Schiedspruch, der den jeweiligen Verhältnissen einigermaßen Rechnung trug. Die Brauereien lehnten den Schiedspruch ab. Wir beantragten nun beim Demobilisationskommissar die Verbindlichkeitsklärung. Unserem Antrage wurde stattgegeben und der Schiedspruch für verbindlich erklärt. Auch die Verbindlichkeitsklärung erkannten die Brauereien nicht an. In dem letzten Beschlusse beim Demobilisationskommissar und beim Reichsarbeitsminister am 1. Unter diesen Umständen wird die Brauereien auf Grund der Verbindlichkeitsklärung beim Gewerbegeber und beantragten ein Vollstreckungsurteil. Das Gewerbegericht gab unserem Antrage nicht nach, da die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums

abgewandt werden mußte. In der Verhandlung vor dem Gewerbeamt erklärten die Brauereien, sie seien bereit, in sofortige Verhandlungen einzutreten. Nach stundenlangiger Verhandlung kam ein neuer Vertrag zustande. Derselbe sieht durchgehende Arbeitszeit vor mit 1/4 Stunden Pause. Die Löhne wurden um 35 M. erhöht und der Urlaub auf 15 Tage ausgedehnt. Haben die Brauereiarbeiter auch nicht ganz das erreicht, was der Schiedsrichter vorzieht, so kann das Erreichte immerhin als annehmbar bezeichnet werden, und wurde diesbezüglich auch nahezu einstimmig den Vorschlägen zugestimmt. Nur dem geschlossenen Auftreten der Kollegen war es zu danken, daß die Brauereien im letzten Augenblick, nach langem Zögern, obige Zugeständnisse machten, und diesbezüglich der Streit vermieden wurde.

† **Kaiserlautern.** Nachdem wir anfangs April d. J. für die Orte Kaiserlautern, Zweibrücken und Kusel einen gemeinsamen Tarif vereinbart hatten, ist es uns gelungen, eine weitere Lohnerhöhung von 50 M. bzw. 25 M. für Jugendkinder ab 1. Juni durchzusetzen. Wenn man auch anfänglich glaubte, daß sich die Verhandlungen zerschlagen würden, so haben aber auch hier die Herren Unternehmer einsehen müssen, daß gegen eine geschlossene Organisation nichts zu machen war. Den Kollegen aber rufen wir zu: haltet an dem Erreichten fest und baut die Organisation weiter aus. Der letzte Kollege muß unserer Organisation beigefügt werden.

Mühlen.

† **Breitfurt.** Nachdem die Kollegen und Kolleginnen der Mühle Eugen Barth sich dem Verband angeschlossen hatten, reichten wir einen Lohnantrag ein. Herr Barth versuchte mit allen möglichen Mitteln, die Organisation wieder zu sprengen. War hoch dieser Herr an dem alten „Herr-im-Haus“-Standpunkt derartig genöhnt, daß er sich davon nicht trennen wollte. Bei jeder Forderung, die wir einreichten, wurden einige Kollegen entlassen, um den anderen Angst einzuflöhen. Nachdem wir im April einen Tarif abgeschlossen hatten, der den Kollegen eine Lohnaufbesserung von monatlich 75 M. brachte, ging der alte Tanz wieder los. Den Vertrauensmann entließ man kurzerhand. Ein Anschlag wurde von der Firma ausgehängt, daß die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld nicht mehr ausbezahlt würde. Die Herren rechnen allem Anschein nach mit den alten saarabischen Verhältnissen. Besonders da sie wissen, daß man geschädigte Herren Unternehmer nicht zwingen kann, weil eben der Schlichtungsausschuß kein bindendes Urteil fällen kann, und auch das Betriebsrätegesetz im Saarstaat keine Geltung hat. Von Seiten der Organisation wurde nun mit allen möglichen Mitteln gegen die Mühle vorgegangen und auch gleichzeitig eine neue Forderung gestellt.

Als nun Kollege Heinrich vorstellig wurde und um Unterhandlung nachsah, wurde er von Herrn Barth in einer Weise angefahren, die jeder Beschreibung spottet. „Sie wollen mir wohl ganz den Hals zuziehen. Sie gehen, gehen Sie arbeiten, das ist besser für Sie, als die Leute verheizen.“ Ja, er ging so weit und bot dem Kollegen Heinrich Schläge an und wies ihm die Tür. Über der ganze Tanz von Herrn Barth war umsonst. Die nötige Antwort wurde auch diesem Herrn erteilt.

Die Kollegen legten infolge der Vorkommnisse geschlossen die Arbeit nieder. Nach eintägigem Streik fandte Herr Barth an alle Streikenden ein Schreiben, daß er das Arbeitsverhältnis als gelöst betrachte, wenn nicht sofort die Arbeit aufgenommen würde. Die richtige Antwort wurde erteilt, indem die Streikposten verstärkt wurden. Die Einigkeit der Streikenden war außerordentlich und suchte denn auch die Firma um Verhandlungen nach. Nach fünf-tägigem Streik wurden dann ganz enorme Vorteile herausgeholt, besonders da Herr Barth immer wieder betonte, er bezahle heute schon mehr als der bayerische Tarif für Hefersloedenmühlen vorläge. Die Vorteile bei diesem Kampf sind Lohnerhöhungen von 23-40 M. pro Woche. Können die Kollegen nun darüber machen, daß die Organisation erhalten bleibt und kein Unorganisierter in den Betrieb kommt, dann kann sich auch dieser Herr, wenn er noch nichts dazu gelernt haben sollte, an der Organisation die Stirne noch öfter einrennen, genau wie in diesem Kampf.

† **Finstertal.** Einen schönen Erfolg erzielten die Kollegen Mühlenarbeiter in den Finstertal Mühlen. Nachdem seitens der Organisation Verhandlungen angebahnt waren, welche zu keinem Ergebnis führten, da hauptsächlich durch den „Herr-im-Haus“-Standpunkt des Vertreters der Firma Löhner keine Einigung erzielt werden konnte, waren wir gezwungen, diesen Lohnstreik vor dem Schlichtungsausschuß Finstertal auszutragen. Letzterer legte durch Schiedspruch die Löhne fest, und zwar für Müller und Aufseher 215 M., für ungelernete Arbeiter 210 M.

Die Unternehmer lehnten natürlich den Schiedspruch ab, was ja nach ihrem Verhalten bei der vorangegangenen Verhandlung vorauszusehen war. Erst durch den Druck der beteiligten Kollegen, welche allerdings kein Mittel unversucht ließen, um die Angelegenheit auf glücklichem Wege zu regeln, gelang es, durch Anwesenheitsstellung des letzten Mittels, des Streiks, die Arbeitgeber zur Anerkennung des Schiedspruches zu veranlassen.

Auch hier spiegelt sich immer das gleiche Bild wider, wenn seitens des Organisationsvertreters auf dem Verhandlungswege versucht wird, die Arbeitgeber zu regeln, erklären die Arbeitgeber, wenn sie derartige Forderungen auch nur annähernd befriedigen würden, dann müßten sie die „Bude zuziehen“. Um die Betriebe vor umernten Erschütterungen zu bewahren, kommt der Lohnstreik vor den Schlichtungsausschuß. Kommt dort dann ein Schiedspruch zustande, dann wird er von den Herren Arbeitgebern nicht anerkannt. Erst wenn dann den Kollegen der Geduldsboden reißt und sie zum letzten Mittel greifen, dann sind die Arbeitgeber bereit, die Forderungen zu bewilligen. Es wäre sehr oft viel kostbare Zeit auf beiden Seiten gewahrt, wenn man sich an den Verhandlungsstisch setzen würde und nach für und Wider sich ermit; dann kommen beide Teile zu ihrem Recht. Aber den Kollegen möge dieses als Schulbeispiel dienen, denn auch die Finstertal Kollegen in

den Mühlen sind noch jung in der Organisation, aber sie haben erkannt, daß nur die Geschlossenheit in den eigenen Reihen den Erfolg krönt, daß es nicht damit abgemacht ist, Forderungen zu stellen, sondern auch jeder einzelne hinter seiner Organisation steht und auch eventuell für seine Forderung mit seiner Person einstehen muß. Den unserer Organisation noch fernstehenden Mühlenarbeitern möge dieses ein Hinweis sein, sich dem Verband anzuschließen, damit auch für sie ein den Verhältnissen entsprechendes Auskommen geschaffen werden kann.

Versehene Betriebe.

† **Löffel.** Der gemeinsame Stellin Löffel Die Lohnforderungen waren den Brauereien und den Mühlen anfangs Juni zugestellt, da wir uns karitativ verpflichtet hatten, vom 1. Januar bis zum 15. Juni keine Forderungen zu stellen. Trotzdem die Lebensmittel von Tag zu Tag in die Höhe gingen, mußten wir aushalten und mit unserem Wochenlohn von 100 M. zufrieden sein. Die Mühlen hatten einen Wochenlohn von 93 M. Da jetzt der 15. Juni gekommen war, haben wir gedacht, daß wir auch bald einig werden. Aber wir haben uns sehr geirrt. Unser Bezirksleiter Kollege Gennies wurde am 14. Juni bei der Direktion vorstellig und die Herren haben erklärt, daß unsere Forderung von 230 M. unannehmbar sei, und haben uns ein Angebot von 150 M. pro Woche gemacht, mehr könnten sie nicht zahlen. Da sind dann die Kollegen der Löffel Mühlenbrauerei in den Streik getreten, und die Sache wurde dem Schlichtungsausschuß unterbreitet. Derselbe fällte einen Schiedspruch von 75 Proz. Aufschlag. Der Schiedspruch wurde von den Kollegen und auch vom Syndikus des Arbeiterschutzbundes abgelehnt. Der Herr Syndikus ließ sich nicht von seinen 150 M. Wochenlohn abbringen. Da weiter nichts herauskam, sind dann die Kollegen von der Vereinsbrauerei und von sämtlichen Mühlen am 28. Juni in den Streik getreten und am 30. Juni haben wir wieder gemeinsam die Arbeit aufgenommen.

Bei der Lohnverhandlung ging es auch ohne Vertreter des Arbeiterschutzbundes und haben wir nur allein mit der Direktion verhandelt. Die Kollegen haben aber auch geschlossen hinter dem Bezirksleiter gestanden. Sie ließen sich auch nicht einschüchtern von dem Schiedspruch der Direktion der Löffel Aktienbrauerei in Form einer Annonce im besagten sozialdemokratischen Organ: 65 Morgen Weizen zu verpacken und einige Pferde zu verkaufen. Das hat die Kollegen ganz kalt gelassen.

Unsere Wochenlöhne in den Brauereien betragen jetzt 190 M. für Gelehrte, 185 M. für Gelehrer, Kraftwagenführer, 180 M. für Ungelernte und 90 M. für Frauen. In den Mühlen betragen die Wochenlöhne für Gelehrte 175 M., für Gelehrer 170 M., für Ungelernte 165 M. und für Frauen 80 M. Gleichzeitig wurde auch am 1. Juli ein Tarif für die Mineralwasserfabriken abgeschlossen. Die Wochenlöhne sind dieselben wie in den Mühlen. Dadurch ist jetzt unsere Lohnbewegung in Löffel bis zum 15. September d. J. beendet.

Dieses Ergebnis verdanken wir unserem Bezirksleiter Kollegen Gennies und der Geschlossenheit der Kollegen. Kollege Gennies ließ sich durch nichts abschrecken und hat unermüdet weiter gearbeitet im Interesse seiner Kollegen. Darum Kollegen, Einigkeit macht stark und Geschlossenheit führt zum Ziele. Auf zur Organisation, auch der Letzte muß herangezogen werden.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

† **Schultheiß-Paschhofer.** Die Generalversammlung der beiden Betriebe haben dem Vermögensvergleich einstimmig zugestimmt. Das Aktienkapital wurde um 12 Mill. M. auf 36 Mill. M. erhöht. Der vorerwähnte Betrieb ist unumwunden die größte Lagerbierbrauerei der Welt. In der Generalversammlung der Schultheißbrauerei wählte ein anwesender Arbeitervertreter, daß die Verwaltung die Interessen der Hand- und Kopfarbeiter bei der Vermögensvergleich möglichst berücksichtige. Er wünschte ferner, daß die Stilllegung von Betrieben nicht vorgenommen werde und daß auch in der Leitung des Unternehmens gespart werde. Der Redner regte ferner an, zur Vermeidung von Stilllegungen etwa die Brennerlei von Kalchauer vorzunehmen

oder auch landwirtschaftliche Betriebe dem Brauereibetriebe anzuschließen. Der Vorsitzende erwiderte, daß das Verhältnis zu der Arbeiterschaft ein sehr befriedigendes sei und daß der Verwaltung die Fürsorge für die Arbeitnehmer nach wie vor am Herzen liegen werde. Die Frage der Stilllegung von Betrieben werde nicht leichtfertig, sondern nur, wenn alle sonstigen Weiterführungsmöglichkeiten erschöpft sind, vorgenommen werden.

† **In der Brauerei- und Mälzereibergsgenossenschaft** waren Ende 1919 beschäftigt: 4763 Brauereien (1918: 5041), 625 Mälzereien (673), 1835 Winterniederlagen (1764) und 17 sonstige Betriebe (18), insgesamt 7080 Betriebe (7486). Die durchschnittliche Arbeiterzahl betrug 72 498, gegen 58 592 im Jahre 1918. In Unfallmeldungen gingen ein 6171 (6259), so daß auf 1000 Vollarbeiter im Durchschnitt 80,11 Unfallmeldungen erfolgten. Entschädigungspflichtig wurden 493 (525) Unfälle. Die Anzahl der versorgungsberechtigten Personen betrug 6772 (7609), die 1 800 610 M. (1 901 911 M.) an Jahresrenten bezogen.

Die Preise für Brauantingente ist durch Verfügung des Reichswirtschaftsministeriums bei Jahresübertragung auf 200 M. für den Doppelzentner belassen, für Dauerübertragungen auf 80 M. herabgesetzt worden. Der Mälzungslohn ist auf 22 M. für den Doppelzentner erhöht worden.

† **Stillelegung.** In Rastatt wird die Brauerei Streib stillgelegt. Das Kontingent geht auf die Brauerei Franz und das Hofbrauhaus A. Nag. Söhne über.

† **Lohnbrücker.** Der Kommunalverband M i n d e l h e i m will ab 1. Mai um 4,50 M. Maßlohn für den Zentner zahlen, statt 6,35 M. (Maßlohn der Landesgetreidebestelle). Er droht, sein Getreide in anderen Kommunalverbänden mahlen zu lassen, wenn die Mäcker Mehrforderungen erheben.

Der Kommunalverband G r i e s h e i m lehnt die Erhöhung des Maßgelbes, das jetzt 2,50 M. pro Zentner beträgt, ab. Er hat einen billigen Müller, der für diesen Betrag mahlt, und der aus dem bayerischen Müllerbund kürzlich ausgetreten ist, damit er seinen Arbeitern den Tariflohn nicht zahlen müsse. Können sich unsere Kollegen in den beiden Kommunalverbänden die leitenden Kommunalverbandsgrößen nicht einmal erwerbslos vorfinden?

Der Kommunalverband G e g e n f e l d e n lehnt jede Maßlohn-Erhöhung vor der neuen Ernte ab. Darauf gibt die „Süddeutsche Mälzerzeitung“ den Mählern dieses Kommunalverbandes den Rat, so lange auch jede Erhöhung der Arbeiterlöhne abzuschmecken. Dieser Rat ist falsch. Die Erhöhung der Arbeiterlöhne hat voranzugehen, erst dann sind die Kommunalverbände gezwungen, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Auch der Erhöhung der Maßgelbes der Landesgetreidebestelle ging eine Erhöhung der Arbeiterlöhne um 61 M. durch Schiedspruch voraus. Ohne diese Lohnerhöhung hätte keine Maßgelbeserhöhung stattgefunden.

Die Folgen der Anzuchtigkeit unserer Mühlenunternehmer machen sich zum Schaden der Mühlenindustrie bereits bemerkbar. Im Geschäftsbericht des Vereins deutscher Handelsmüller für 1919 wird darüber geklagt, daß der Mälzer die volle Würdigung und Gleichberechtigung mit anderen Industriezweigen noch nicht geworden sei und daß sie bei neuerdings geschaffenen, für unser Erwerbsleben bedeutungsvollen und für die Volksernährung wichtigen Körperstoffen, z. B. beim Reichswirtschaftsrat, keine Vertretung erhalten habe.

Das ist richtig, konnte aber auch kaum anders sein, denn diese Körperstoffe werden von den Arbeitsgemeinschaften in der Hauswirtschaft zusammengestellt und unsere Müller glauben mit ihrer einseitigen Interessenvertretung, dem Ausschluß der drei Reichsmüllerverbände, alles machen zu können. Die Arbeitsgemeinschaft der Mäcker besteht nur auf dem Papier und hat deshalb auch keinerlei Einfluß. Bei dieser Politik wird die Mälzerei sich nach und nach vollständig zum „Pauerschlämchen“ entwickeln.

Die Verbindlichkeitsklärung des am 1. Dezember 1919 zwischen dem Arbeitgeberverband der S ä c h s. M ü h l e n i n d u s t r i e und unserem Verbande abgeschlossenen Tarifvertrages für Sachsen ist von der Reichsregierung mit Wirkung ab 1. April 1920 für das Gebiet des Freistaates Sachsen ausgedrückt worden. Damit ist der Kampf für alle Mühlen Sachsens allgemein verbindlich.

Ueber die Entwicklung der Lohnverhältnisse in der Mälzerei seit Ausbruch der Revolution macht die Firma C. Gedrich, A.-G., in Altona „Der Mühle“ nachfolgende Angaben:

Gehalt wurden vor der Revolution	geg. vom 10. 12. 19 ab 28. 1. 19		geg. vom 2. 3. 19 ab Schieds- spruch vom 3. 4. 19		geg. vom 2. 6. 19 ab Schieds- spruch vom 11. 7. 19		geg. vom 28. 11. 19 ab Schieds- spruch vom 9. 12. 19		2. 2. 1920		geg. vom 15. 3. 20 ab Schieds- spruch vom 3. 4. 20			
	Woche 72 Stunden	= Stb.	Woche 48 Stb.	= Stb.	Woche 48 Stb.	= Stb.	Woche 48 Stb.	= Stb.	Woche 48 Stb.	= Stb.	Woche 48 Stb.	= Stb.		
Müller	rd. 50	rd. 69 1/2	76,80	1,60	95,—	1,98	117,50	2,45	137,—	2,86	167,—	3,48	238,50	4,88
Arbeiter	rd. 40	rd. 55 1/2	67,20	1,40	90,—	1,87 1/2	112,50	2,35	132,—	2,75	162,—	3,33	228,80	4,77
Frauen	rd. 26	rd. 42 bis 48	38,40	0,80	50,—	1,04	60,—	1,25	76,80	1,60	101,80	2,12	160,—	3,34
Maschinen u. Heizer	rd. 50	rd. 70	78,80	1,60	95,—	1,98	117,50	2,45	137,—	2,85	167,—	3,48	238,50	4,88
Handwerker	rd. 54	rd. 75	79,20	1,65	97,45	2,08	120,—	2,80	139,45	2,90	—	3,53	236,25	4,93

Küfcher erhielten vor der Revolution wöchentlich 42 M., ab Dezember 1918 52 M., ab 17. Januar 1919 70 M., ab 7. Februar 1919 76 M., ab 1. Juni 1919 98 M., ab 1. Dezember 1919 106 M., ab 2. Januar 1920 184,40 M. und ab 1. April 1920 215,05 M.

Diesen Zahlen gegenüber stellen wir die bekannten Gewinnergebnisse. Danach kostete der wöchentliche Lebensmittelposten für eine Familie mit zwei Kindern, berechnet nach der Preiskontrolle eines Marinekadeten, im November 1918: 62,49 M., im November 1919: 108,55 M., im April 1920: 159,75 M. Der Rechnung dieser Zahlen sind die amtlichen Höchstpreise zugrundegelegt, für die es bestimmt Lebensmittel nur in sehr beschränktem Umfang gibt. Der Ernährungsminister Dr. G e r m e s gibt in einem Erpross an die Carnte selbst an, daß die ausgegebenen Rationen nur etwa die Hälfte der höchsten Kalorienmengen bedecken, und daß die augenblicklich ausgegebenen

Wochenrationen auf 101,04 M. gegen 7,77 M. vor sechs Jahren zu stehen kommen. Interessant wäre es, wenn wir die seit November 1918 eingetretene Preissteigerung für Mehl, Weizen und Schabe ujm. durch Gegenüberstellung der Preise voranschaulichen könnten. Dr. Kuzinski, Direktor des Sachverständigen Amtes Berlin-Schöneberg, berechnet das wöchentliche Existenzminimum für Groß-Berlin im Juni 1920 auf 205 M. In Altona wird es kaum billiger sein. Darüber wären wir der Firma Gedrich, wenn sie auch einmal die Steigerung ihrer Einnahmen und Gewinne seit Ausbruch des Krieges bzw. der Revolution veröffentlichen würde.

